

Die Anrufung des Internationalen Gerichtshofs durch die Bundesrepublik Deutschland und ihre Nachbarn in Fragen der Abgrenzung des Festlandsockels in der Nordsee

I. Vorgeschichte

Die Nordseeanlieger haben in den letzten Jahren ihre Anteile am Festlandsockel dieses Meeres zum Teil durch zweiseitige Verträge gegeneinander abgegrenzt. Diese Verträge sind in ZaöRV Bd. 26, S. 763 ff. aufgezählt, S. 773 ff. abgedruckt, und das sich ergebende Kartenbild ist S. 764 dargestellt. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich mit seinen beiden unmittelbaren Nachbarn Dänemark und Niederlande nur über ein recht kurzes Stück der seitlichen Abgrenzung einigen können. Die Verhandlungen sind nach Abschluß der diesbezüglichen Verträge vom 9. Juni 1965 und 1. Dezember 1964 fortgeführt worden, aber gescheitert.

Das Übereinkommen der Genfer Seerechtskonferenz über den Festlandsockel vom 29. April 1958¹⁾ bindet von den Anliegern nur Großbritannien, die Niederlande und Dänemark; Frankreich hat weitgehende Vorbehalte gemacht. Deutschland hat noch nicht ratifiziert, infolgedessen gibt das Übereinkommen als solches keine Grundlage für die Bemessung seines Anteils. Indessen sind die Beteiligten darüber einig, daß zum Uferstaat ein Festlandsockel jenseits des Küstenmeers gehört; Deutschland hat einen Anteil in seiner Proklamation vom 22. Januar 1964²⁾ beansprucht und ein Gesetz vom 24. Juli 1964 zur vorläufigen Regelung der Rechte am Festlandsockel erlassen³⁾. Dabei blieb die Abgrenzung Vereinbarungen mit den Nachbarstaaten vorbehalten.

In den Verhandlungen sind die Niederlande und Dänemark davon ausgegangen, daß die Sockelanteile nach dem Grundsatz der Äquidistanz abzugrenzen seien, und ihr Vertrag untereinander vom 31. März 1966 beruht ausdrücklich auf diesem Grundsatz. Deutschland würde bei seiner Anwen-

¹⁾ Wortlaut ZaöRV Bd. 20, S. 32, und UNTS Bd. 499, S. 311; hierzu Meyer-Lindenberg, ZaöRV Bd. 20, S. 5.

²⁾ Wortlaut ZaöRV Bd. 24, S. 170.

³⁾ Wortlaut ZaöRV Bd. 25, S. 25; hierzu Frowein, a. a. O., S. 1.

derung einen recht geringen Anteil bekommen⁴⁾ und strebt eine möglichst gleichmäßige Aufteilung zwischen den drei Staaten auf der Ostseite der Nordsee an. Es hat anlässlich der Verträge zwischen Großbritannien, den Niederlanden und Dänemark darauf aufmerksam gemacht, daß die Bezeichnung der Endpunkte in den britischen Verträgen und die Abgrenzung überhaupt im dänisch-niederländischen Vertrag die Abgrenzung des deutschen Anteils nicht präjudizieren könne^{4a)}.

II. Der Zugang zum Internationalen Gerichtshof

Verschiedene Texte verpflichten die drei beteiligten Staaten zur friedlichen Beilegung ihrer Streitigkeiten. Man kann absehen von Art. 33 der Satzung der Vereinten Nationen, denen Dänemark und die Niederlande angehören und deren Grundsätze anzuwenden Deutschland sich gegenüber den NATO-Mitgliedern verpflichtet hat. Denn dieser Artikel ist zu vage, um im Einzelfall bestimmte Verpflichtungen zu erzeugen.

Aber es bestehen noch die Schiedsgerichts- und Vergleichsverträge des Deutschen Reichs mit den Niederlanden vom 20. Mai 1926 (RGBl. 1927 II, S. 31) und mit Dänemark vom 2. Juni 1926 (a. a. O., S. 40), die nach dem Krieg für wiederanwendbar erklärt worden sind (siehe BGBl. 1952 II, S. 435 und 1958 II, S. 111). Den Niederlanden gegenüber ist Deutschland durch den jetzigen Art. X des Brüsseler Vertrags (WEU)⁵⁾ beiden Nachbarn gegenüber durch das Europäische Übereinkommen zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten vom 29. April 1957 (BGBl. 1961 II, S. 81)⁶⁾ gebunden. Miteinander kombiniert hätten diese Texte jedem Beteiligten die Eröffnung eines Vergleichsverfahrens, eines Schiedsgerichtsverfahrens oder die Klage vor dem IGH ermöglicht; denn es handelt sich um automatische Obligatorien⁷⁾. Zwischen Deutschland und Dänemark wäre auch das jetzt

⁴⁾ Die Auswirkungen der Äquidistanz sowie verschiedene andere Teilungsmöglichkeiten sind dargestellt bei Menzel, Gutachten zur Frage des kontinentalen Schelfs in der Nordsee (1964) sowie in dessen Aufsatz Der deutsche Festlandssockel in der Nordsee, Archiv des öffentlichen Rechts, Bd. 90 (1965), S. 1 (22 ff.).

^{4a)} Nach einer von Menzel, a. a. O., S. 22 bei Anm. 57 wiedergegebenen Presseerklärung vom 16. 3. 1964 wünscht die Bundesregierung, daß das deutsche Schelfgebiet an das britische stößt.

⁵⁾ Unterwerfungserklärung vom 6. 7. 1956, Internationale Gerichte und Schiedsgerichte. Bearb. von H.-J. Hallier (Materialien für Forschung und Praxis des ausländischen öffentlichen Rechts und Völkerrechts, 1) 1961 (nachfolgend zitiert: »Materialien 1«), S. 94 f.

⁶⁾ Materialien 1, S. 98–112.

⁷⁾ Hierzu F. Münch, Zum Stand der internationalen obligatorischen Gerichtsbarkeit, ZaöRV Bd. 21, S. 230 ff.; ders., Die schweizerische Initiative zu zweiseitigen Abmachungen über die friedliche Beilegung von Streitigkeiten, ZaöRV Bd. 26, S. 719 f.

sogenannte Schiedsverfahren⁸⁾ des Teils III des Europäischen Übereinkommens vom 29. April 1957 in Betracht gekommen; die Niederlande haben sich diesem Schiedsverfahren nicht unterworfen (siehe BGBl. 1961 II, S. 1027).

Die Parteien haben aber beschlossen, den IGH auf dem Wege des Kompromisses anzurufen⁹⁾. Deutschland ist weder wie seine Nachbarn als Mitglied der UN automatisch Mitglied des Statuts des Gerichtshofs (Art. 93 Abs. 1 UN-Satzung) noch Mitglied des Statuts nach Art. 93 Abs. 2 a. a. O. geworden. Sein Zugang bestimmt sich nach Art. 35 Abs. 2 des IGH-Statuts¹⁰⁾; die für den gegenwärtigen Fall maßgebende Erklärung ist die vom 29. April 1961 (BGBl. 1961 II, S. 1026), die anlässlich der Ratifizierung des Europäischen Übereinkommens vom 29. April 1957 abgegeben wurde¹¹⁾.

III. Die Verbindung der Verfahren

Man hat es für richtig gehalten, je ein Kompromiß¹²⁾ zu schließen und dem Gerichtshof einzureichen. Aber das dreiseitige Protokoll¹³⁾ sieht in Ziff. 2 vor, daß die Parteien später um die Verbindung der Sachen bitten werden¹⁴⁾. So sind denn die prozeßleitenden Verfügungen¹⁵⁾ des als Präsident amtierenden Richters, durch welche die Fristen für die Einreichung der ersten Schriftsätze festgesetzt wurden, zu jeder Sache besonders ergangen. Die Verbindung von Verfahren ist Sache einer Verfügung des Gerichts nach Art. 48 des Statuts; besondere Bestimmungen über die Verbindung finden sich nur hinsichtlich Klage und Widerklage (Art. 63 Verfahrensordnung; Materialien 1, S. 79).

Verbindungen sind vorgekommen zwischen aufeinanderfolgenden Klagen (StIGH, A 7, S. 94), wechselweise am selben Tage eingereichten Klagen (StIGH, A/B 48, S. 268)¹⁶⁾, Klagen zweier Staaten gegen denselben Staat wegen derselben Sache (Äthiopien und Liberia gegen Südafrikanische Union, Verfügung des Gerichtshofs vom 20. Mai 1961, Rec. CIJ, S. 13). Ferner

⁸⁾ Es handelt sich um eine verbindliche Entscheidung nichtrechtlicher Streitigkeiten, siehe Münch, ZaöRV Bd. 26, S. 716 f.

⁹⁾ Erste Alternative von Art. 40 § 1 des IGH-Statuts.

¹⁰⁾ H. Blomeyer, Der Internationale Gerichtshof und die Nichtmitgliedstaaten des Statuts, ZaöRV Bd. 16, S. 256 ff.

¹¹⁾ ZaöRV Bd. 23, S. 435.

¹²⁾ Siehe unten S. 728 ff.

¹³⁾ Siehe unten S. 731 f.

¹⁴⁾ Siehe auch Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 14 (1967), S. 109.

¹⁵⁾ Siehe unten S. 732 ff.

¹⁶⁾ Diese Klagen, die Südostgrönland betrafen, sind zurückgenommen worden, nachdem der StIGH den Ostgrönlandstreit (A/B 53) zugunsten Dänemarks entschieden hatte (A/B 55).

hatte der StIGH in einer tschechisch-ungarischen Sache die Verfahren über prozeßhindernde Einreden gegen zwei Klagen miteinander verbunden (C 68, S. 290); die Klagen wurden später zurückgenommen (A/B 56).

Nicht verbunden, aber unmittelbar nacheinander verhandelt und am gleichen Tage entschieden wurden die Streitfälle um die Anleihen Serbiens und Brasiliens (A 20 und 21); die Klage wegen Verletzung des Memelstatuts wurde von vornherein von den vier alliierten Hauptmächten gemeinsam erhoben (A/B 47 und 49; Klagschrift: C 59, S. 12). Nicht verbunden wurden die Klagen Israels, der USA und Großbritanniens gegen Bulgarien aus einem Luftzwischenfall (IGH-Liste Nr. 35, 36 und 37); die erstere wurde am 26. Mai 1959 abgewiesen (Rec. CIJ 1959, S. 127), worauf die anderen beiden zurückgenommen wurden (siehe Rec. CIJ 1959, S. 264, und 1960, S. 146). Die Klagen der USA gegen Ungarn und die UdSSR (IGH-Liste Nr. 22 und 23) wurden entgegen dem Antrag der Klägerin nicht verbunden, weil der IGH keine Gerichtsbarkeit hatte (Rec. CIJ 1954, S. 99, 103)¹⁷⁾.

F. M ü n c h

Notifikation des deutsch-niederländischen und des deutsch-dänischen Kompromisses vom 2. Februar 1967
an den Internationalen Gerichtshof

INTERNATIONAL COURT OF JUSTICE

SPECIAL AGREEMENT¹⁾

For the Submission to the International Court of Justice of a Difference between the Kingdom of the Netherlands²⁾ and the Federal Republic of Germany Concerning the Delimitation, as between the Kingdom of the Netherlands and the Federal Republic of Germany, of the Continental Shelf in the North Sea
notified to the Court on 20 February 1967

THE MINISTER OF FOREIGN AFFAIRS OF THE
NETHERLANDS TO THE REGISTRAR OF THE
INTERNATIONAL COURT OF JUSTICE

¹⁷⁾ Zum Thema siehe *Rosenne*, *The Law and Practice of the International Court* (1965), S. 436, 551 ff.

¹⁾ Nach Mitteilung des Internationalen Gerichtshofs.

²⁾ In dem im übrigen gleichlautenden deutsch-dänischen Kompromiß vom 20. 2. 1967 stehen an Stelle der hier *kursiv* gedruckten Worte jeweils die [in eckigen Klammern] beigefügten.

The Hague, 16 February 1967.

Sir,

On behalf of the Government of the Kingdom of the Netherlands and with reference to Article 40, paragraph 1, of the Statute of the Court, I have the honour to present to you:

- (a) an original copy, signed at Bonn on 2 February 1967 for the Government of the Kingdom of Denmark and the Government of the Federal Republic of Germany, of a Special Agreement for the submission to the International Court of Justice of a difference between the Kingdom of Denmark and the Federal Republic of Germany concerning the delimitation, as between the Kingdom of Denmark and the Federal Republic of Germany, of the continental shelf in the North Sea;
- (b) an original copy, signed at Bonn on 2 February 1967 for the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Kingdom of the Netherlands, of a Special Agreement for the submission to the International Court of Justice of a difference between the Federal Republic of Germany and the Kingdom of the Netherlands concerning the delimitation, as between the Federal Republic of Germany and the Kingdom of the Netherlands, of the continental shelf in the North Sea.

The aforesaid Special Agreement entered into force, pursuant to their Articles 3, on the date of their signature, i.e., on 2 February 1967.

In addition, I have the honour to present to you:

- (c) an original copy, signed at Bonn on 2 February 1967 for the Governments of the Kingdom of Denmark, the Federal Republic of Germany and the Kingdom of the Netherlands, of a Protocol relating to certain procedural questions arising from the Special Agreements referred to under (a) and (b) above.

As stated in section 1 of this Protocol, the three Governments parties to it have agreed that the Government of the Kingdom of the Netherlands shall file the two Special Agreements and the Protocol with the International Court of Justice. Consequently, I would request you to submit the aforementioned instruments to the Court.

With reference to paragraphs 1 and 5 of Article 35 of the Rules of Court, I would also inform you that Professor W. Riphagen, Legal Adviser to the Ministry of Foreign Affairs, has been appointed Agent of the Kingdom of the Netherlands for the case relating to the Special Agreement referred to under (b). My Ministry constitutes his address for service at the seat of the Court to which all communications relating to the case should be sent.

Please accept, Sir, the assurance of my high consideration.

(Signed) J. M. A. H. LUNS, Minister of Foreign Affairs.

SPECIAL AGREEMENT

for the submission to the International Court of Justice of a difference between the Federal Republic of Germany and the Kingdom of *the Netherlands* [Denmark] concerning the delimitation, as between the Federal Republic of Germany and the Kingdom of *the Netherlands* [Denmark], of the continental shelf in the North Sea.

The Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Kingdom of *the Netherlands* [Denmark],

Considering that the delimitation of the coastal continental shelf in the North Sea between the Federal Republic of Germany and the Kingdom of *the Netherlands* [Denmark] has been laid down by a convention concluded on 1 December 1964 [9 June 1965],

Considering that in regard to the further course of the boundary disagreement exists between the German und *the Netherlands* [Danish] Governments, which could not be settled by detailed negotiations,

Intending to settle the open questions in the spirit of the friendly and good-neighbourly relations existing between them,

Recalling the obligation laid down in Article 1 of the German-*Netherlands* [Danish] Treaty of Conciliation and Arbitration of 20 May 1926 [2 June 1926] to submit to a procedure of conciliation or to judicial settlement all controversies which cannot be settled by diplomacy,

Bearing in mind the obligation assumed by them under Articles 1 and 28 of the European Convention for the Peaceful Settlement of Disputes of 29 April 1957 to submit to the judgment of the International Court of Justice all international legal controversies to the extent that no special arrangement has been or will be made,

By virtue of the fact that the Kingdom of *the Netherlands* [Denmark] is a party to the Statute of the International Court of Justice, and of the Declaration of acceptance of the jurisdiction of the International Court of Justice made by the Federal Republic of Germany on 29 April 1961 in conformity with Article 3 of the Convention of 29 April 1957 and with the Resolution adopted by the Security Council of the United Nations on 15 October 1946 concerning the "Conditions under which the International Court of Justice shall be open to States not Parties to the Statute of the International Court of Justice",

Have agreed as follows:

Article 1

(1) The International Court of Justice is requested to decide the following question:

What principles and rules of international law are applicable to the delimitation as between the Parties of the areas of the continental shelf in the North Sea which appertain to each of them beyond the partial boundary determined by the abovementioned Convention of 1 December 1964 [9 June 1965]?

(2) The Governments of the Federal Republic of Germany and of the Kingdom of *the Netherlands* [Denmark] shall delimit the continental shelf in the North Sea as between their countries by agreement in pursuance of the decision requested from the International Court of Justice.

Article 2

(1) The Parties shall present their written pleadings to the Court in the order stated below:

1. a Memorial of the Federal Republic of Germany to be submitted within six months from the notification of the present Agreement to the Court;

2. a Counter-Memorial of the Kingdom of *the Netherlands* [Denmark] to be submitted within six months from the delivery of the German Memorial;

3. a German Reply followed by a *Netherlands* [Danish] Rejoinder to be delivered within such time-limits as the Court may order.

(2) Additional written pleadings may be presented if this is jointly proposed by the Parties and considered by the Court to be appropriate to the case and the circumstances.

(3) The foregoing order of presentation is without prejudice to any question of burden of proof which might arise.

Article 3

The present Agreement shall enter into force on the day of signature thereof. Done at Bonn on 2 February 1967 in triplicate in the English language.

For the Government of the Federal Republic of Germany (*Signed*) SCHÜTZ,
For the Government of the Kingdom of the Netherlands

(*Signed*) G. E. VAN ITTERSUM¹⁾

Deutsch-dänisch-niederländisches Protokoll vom 2. Februar 1967 betreffend gewisse Verfahrensfragen

PROTOCOL²⁾

At the signature of the Special Agreement of today's date between the Government of the Federal Republic of Germany and the Governments of the Kingdom of Denmark and the Kingdom of the Netherlands respectively, on the submission to the International Court of Justice of the differences between the parties concerning the delimitation of the continental shelf in the

¹⁾ In dem deutsch-dänischen Kompromiß lauten die Unterschriften: For the Government of the Kingdom of Denmark (*Signed*) K. KNUTH-WINTERFELDT, for the Government of the Federal Republic of Germany, (*Signed*) SCHÜTZ.

²⁾ Nach Mitteilung des IGH. Der Text ist auch abgedruckt in Tractatenblad van het Koninkrijk der Nederlanden, Jg. 1967 Nr. 42, S. 4 f. und Lovtidende C 1967 Nr. 69, S. 522 f.

North Sea, the three Governments wish to state their agreement on the following.

1. The Government of the Kingdom of the Netherlands will, within a month from the signature, notify the two Special Agreements together with the present Protocol to the International Court of Justice in accordance with article 40, paragraph 1 of the Statute of the Court.

2. After the notification in accordance with item (1) above the parties will ask the Court to join the two cases.

3. The three Governments agree that for the purpose of appointing a judge ad hoc, the Governments of the Kingdom of Denmark and the Kingdom of the Netherlands shall be considered parties in the same interest within the meaning of article 31, paragraph 5 of the Statute of the Court.

DONE at Bonn on 2 February 1967 in four copies in the English language.

For the Government of the Kingdom of Denmark

(Signed) K. KNUTH-WINTERFELDT

For the Government of the Federal Republic of Germany

(Signed) SCHÜTZ

For the Government of the Kingdom of the Netherlands

(Signed) G. E. VAN ITTERSUM

Verfügung des Internationalen Gerichtshofs vom 8. März 1967 ¹⁾

INTERNATIONAL COURT OF JUSTICE

8 March 1967 (General List: No. 52)

NORTH SEA CONTINENTAL SHELF CASE

(FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY/NETHERLANDS)²⁾

ORDER

The Judge discharging the duties of President of the International Court of Justice under Article 12 of the Rules of Court,

Having regard to Articles 40 and 48 of the Statute of the Court and to Articles 32 and 37 of the Rules of Court,

Whereas, by a letter of 16 February 1967, received in the Registry on 20 February 1967, the Minister of Foreign Affairs of the Kingdom of the Netherlands transmitted to the Registrar an original copy, signed at Bonn on 2 February 1967 for the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of *the Netherlands* [Denmark], of a Special Agreement for the

¹⁾ I. C. J. Reports 1967, p. 3.

²⁾ In der Verfügung des IGH vom 8. 3. 1967 betreffend das deutsch-dänische Verfahren (General List: No. 51) stehen an Stelle der hier *kursiv* gedruckten Worte jeweils die in eckigen Klammern beigefügten; Absätze 4, 6 und 7: siehe Anm. 3 und 4.

submission to the International Court of Justice of a difference between the Federal Republic of Germany and *the Netherlands* [Denmark] concerning the delimitation, as between the Federal Republic of Germany and *the Netherlands* [Denmark], of the continental shelf in the North Sea;

Whereas the Netherlands Minister of Foreign Affairs also attached to his letter an original copy, signed at Bonn on 2 February 1967, of a Protocol to which the Governments of the Federal Republic of Germany and the Netherlands are parties, in which provision is made for the notification by the Netherlands Government of the said Special Agreement to the International Court of Justice³);

Whereas Article 3 of the Special Agreement provides for its entry into force on the day of signature thereof;

Whereas, by his said letter of 16 February 1967, the Netherlands Minister of Foreign Affairs informed the Registrar of the appointment of Professor W. Riphagen, Legal Adviser to the Ministry of Foreign Affairs, as Agent of the Netherlands⁴);

Whereas, by a letter dated 20 February 1967, the Government of the Federal Republic of Germany was duly informed of the notification of the Special Agreement⁴);

Whereas, by a letter of 1 March 1967, the Ambassador of the Federal Republic of Germany to the Netherlands informed the Registrar of the appointment of Professor Dr. Günther Jaenicke, of the Johann Wolfgang Goethe University, as Agent of the Federal Republic of Germany;

Whereas Article 2 of the Special Agreement recites the agreement of the Parties that, without prejudice to any question of burden of proof which might arise, written pleadings should be presented to the Court in the order stated below:

(1) a Memorial of the Federal Republic of Germany to be submitted within six months from the notification of the Special Agreement;

(2) a Counter-Memorial of *the Netherlands* [Denmark] to be submitted within six months from the delivery of the German Memorial;

(3) a German Reply followed by a *Netherlands* [Danish] Rejoinder to be delivered within such time-limits as the Court may order;

³) Im deutsch-dänischen Kompromiß lautet der Absatz:

Whereas the Netherlands Minister of Foreign Affairs also attached to his letter an original copy, signed at Bonn on 2 February 1967 for the Governments of Denmark, the Federal Republic of Germany and the Netherlands, of a Protocol in which provision is made for the notification by the Netherlands Government of the said Special Agreement to the International Court of Justice.

⁴) Die Absätze 6 und 7 lauten in der Verfügung über das deutsch-dänische Verfahren:

Whereas, by letters dated 20 February 1967, the Governments of Denmark and the Federal Republic of Germany were duly informed of the notification of the Special Agreement;

Whereas, by a letter of 22 February 1967, the Danish Ambassador to the Netherlands informed the Registrar of the appointment of Mr. Bent Jacobsen, barrister at the Supreme Court of Denmark, as Agent of Denmark.

Taking this agreement into account, as provided for by paragraph 3 of Article 37 of the Rules of Court,

Fixes 21 August 1967 as the time-limit for the filing of the Memorial of the Federal Republic of Germany and 20 February 1968 as the time-limit for the filing of the Counter-Memorial of *the Netherlands* [Denmark];

Reserves the subsequent procedure for further decision.

Done in English and in French, the English text being authoritative, at the Peace Palace, The Hague, this eighth day of March, one thousand nine hundred and sixty-seven, in three copies, one of which will be placed in the archives of the Court and the others transmitted to the Government of the Federal Republic of Germany and to the Government of the Kingdom of *the Netherlands* [Denmark] respectively.

(Signed) Gerald FITZMAURICE, Discharging the duties of President.

(Signed) S. AQUARONE, Registrar.